

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/05/2008
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Donnerstag, 23.10.2008
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Behindertenbeirat
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Bericht Netzwerk Demenz
6. Bericht der Arge
7. Berücksichtigung von Heizkosten im Rahmen der Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)
Vorlage: 0880/2008
8. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek begrüßt die anwesenden Gäste. Anschließend stellt sie fest, dass die Tagesordnung unverändert bleibt.

2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt berichtet vom städtischen Männerasyl an der Tuchmacherstraße, das verlagert werden soll. Inzwischen seien 13 Standorte geprüft worden. Man sei aber noch zu keiner Lösung gelangt. Man müsse noch einmal mit den Investoren reden.

Frau Machatschek begrüßt diesen Vorschlag. Es stelle sich doch grundsätzlich die Frage, warum dieser Platz bzw. dieses Haus aufgegeben werden solle. Sie bittet um eine zeitnahe Anberaumung eines Gespräches.

Herr Steuber informiert darüber, dass die kassenärztliche Vereinigung dem Konzept zur Betreuung Wohnungsloser zugestimmt habe. Er habe mit Frau Dr. Sommer vom Gesundheitsamt vereinbart, dass sie in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses die Umsetzung und Realisierung des Konzeptes vorstellen werde.

Weiterhin teilt er mit, dass die Integrationsvorlage im Sozialausschuss abschließend beraten worden sei. In einem weiteren Beratungsgang sei ein weiteres Modul zum Thema Sport und Integration verlangt worden. Dies sei von der Sportverwaltung und dem Stadtsportbund erstellt und im entsprechenden Ausschuss angenommen worden. Die Vorlage werde jetzt nicht noch einmal erneut im Sozialausschuss beraten. Die Integrationsvorlage sei insgesamt auf dem Weg zum HFA und dem Rat.

Herr Haensel berichtet, dass zum 01. Oktober diesen Jahres die Landesförderung für Arbeitslosenberatung ausgelaufen sei. Erfreulicherweise sei es möglich, die Beratung auch weiterhin an zwei Vormittagen der Woche anzubieten.

Herr Fiedler informiert darüber, dass es zur Neuregelung des Wohngeldes ab 2009 eine Gesetzesinitiative gegeben habe. Diese habe zum Inhalt, dass Personen, die Wohngeld im Zeitraum Oktober 2008 bis einschließlich 2009 beziehen, einen einmaligen Pro-Kopf-Zuschuss zur Abminderung der Belastung von Energiekosten erhalten sollen. Sollte das Gesetz so beschlossen werden, werde die Zahlung von Amts wegen aufgegriffen.

Herr Dr. Schmidt freut sich, mitteilen zu können, dass das Kabinett angestoßen habe, dass 100 € pro Jahr für Schulmaterial für Hartz IV- Empfänger ausgezahlt werden sollen.

3. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

5. Bericht Netzwerk Demenz

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Peters vom Fachbereich Jugend & Soziales berichtet vom Netzwerk Demenz. Ihre Ausführungen können der **Anlage zu TOP 5** entnommen werden.

Frau Machatschek wundert sich über den im Vortrag erwähnten Mangel an ärztlicher Unterstützung.

Herr Schmikowski von der Selbsthilfegruppe Demenz beschreibt das Problem, dass Hausärzte die Demenz oft nicht erkennen. Die Früherkennung und richtige Behandlung dieser Krankheit seien jedoch sehr wichtig. Heilbar sei Alzheimerdemenz allerdings nicht.

Auf Rückfrage teilt er mit, dass die Telefonnummer der Selbsthilfegruppe im Telefonbuch stünde.

Frau Machatschek bedankt sich herzlich für den Vortrag und wünscht alles Gute für die Arbeit in diesem Bereich.

6. Bericht der Arge

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt Frau Kaus-Köster als neue Geschäftsführerin der Arge und Frau Küper, die als Bereichsleiterin bei der Arge tätig ist.

Frau Kaus-Köster entschuldigt sich dafür, dass die Tischvorlage erst heute vorgelegt werden konnte. Sie berichtet, dass die Arge gerade eine Umorganisation hinter sich habe. Am heutigen Tag finde der Umzug statt, so dass eine frühere Zustellung leider nicht möglich gewesen sei.

Im Folgenden stellt sie die Ergebnisse und Zahlen aus der Tischvorlage vor (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Auf Nachfrage von Frau Machatschek nach möglichen Schulabschlüssen bei den Über-25-jährigen teilt Frau Kaus-Köster mit, dass diese Maßnahmen jetzt über die Arbeitsagentur liefern.

Frau Küper ergänzt, dass dort im Rahmen der berufsvorbereitenden Maßnahmen auch Schulabschlüsse nachgeholt werden könnten.

Frau Kaus-Köster sichert zu, dass eventuell vorhandene Nischen von der Arge ausgefüllt würden.

Auf Nachfrage von Frau Buchholz erläutert Frau Kaus-Köster, was hinter den SWL-Leistungen (sonstige weitere Leistungen) steckt. 2% dieser Leistungen seien noch nicht verplant. Es gebe also noch Möglichkeiten, diese einzusetzen.

Frau Küper ergänzt, dass diese SWL-Leistungen nur zur Einzelfalleistung eingesetzt würden. In der Kalkulation sei ein Durchschnittswert gewählt worden.

Herr Mervelskemper äußert die Bitte, mehr Statistik in den Bericht zu bringen. Es sei wichtig für den Ausschuss, zu sehen, wie erfolgreich die Arge gearbeitet habe. Interessant sei zum Beispiel die Darstellung, wie sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften verändert habe.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, die Monatsberichte der Arge, die die Verwaltung bekomme, zukünftig auch an die Fraktionen zu schicken. Dort seien die statistischen Daten aufgeführt.

Herr Weber fragt nach der Förderung von Behinderten.

Frau Kaus-Köster verweist auf die auf Seite 4 der Vorlage ausgewiesenen Beträge für diese Förderung.

Frau Machatschek bedankt sich ganz herzlich bei den Vertreterinnen der Arge und wünscht weiterhin viel Erfolg für ihre Arbeit.

**7. Berücksichtigung von Heizkosten im Rahmen der Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)
Vorlage: 0880/2008**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber führt in die Thematik der Vorlage ein.

Es habe sich die Frage gestellt, was angemessene Heizkosten nach dem SGB-II seien. Die aktuelle Rechtsprechung habe deutlich festgelegt, dass es nicht mehr zulässig sei, die Erstattung der Heizkosten durch Pauschalen zu begrenzen. Daher habe die Stadt auf Grundlage eines Rechtsgutachtens im Zusammenwirken mit Mark-E eine Übersicht über angemessene Verbrauchswerte erstellt. Es handele sich aber lediglich um eine Orientierungsgrenze. Beträge, die über dieser Orientierungsgrenze lägen, könnten im Rahmen einer individuellen Prüfung gleichwohl berücksichtigt werden.

Herr Fiedler ergänzt zu der Frage möglicher rückwirkender Zahlungsverpflichtungen, dass nach der bestehenden Rechtsprechung kein fester Zeitpunkt festgelegt sei. In Abstimmung mit dem Rechtsamt habe man festgelegt, dass ein Anspruch ab Januar 2008 auch rückwirkend akzeptabel sei.

Herr Mervelskemper verliest eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu diesem Thema, dessen Beantwortung aber von allgemeinem Interesse sei.

1. Wann tritt die neue Regelung bei der Energiekostenerstattung in Kraft?
2. Wie wird die Regelung bei den Hartz IV-Empfängern kommuniziert?
3. Bis wann hat das Rechtsamt geprüft, ob die neue Regelung auch rückwirkend in Kraft tritt?
4. Wie wird mit den Darlehen verfahren, die bisher im Zuge der Nachzahlungen gewährt wurden?

Herr Fiedler antwortet, dass die Wirkung dieser Neuregelung ab 01.01.2008 eintreten soll. Die Arge werde noch von der Verwaltung einen entsprechenden Hinweis zur Umsetzung in der Praxis bekommen. Die Information an die Betroffenen erfolge dann im Zusammenhang mit der Weiterbewilligung der Leistungen. Hierbei würden auch gewährte Darlehen rückwirkend berücksichtigt.

Herr Steuber berichtet, dass es umstritten gewesen sei, ob eine Verpflichtung bereits seit Inkrafttreten des SGB II ab 2005 bestehe. Dies sei eindeutig im Gutachten des Rechtsamtes verneint worden. Relevant sei der Zeitpunkt der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu dieser Thematik.

Dr. Schmidt bittet Herrn Fiedler sicherzustellen, dass jeder Betroffene davon Kenntnis erhalte, dass er die Chance habe, auch für 2008 in den Genuss von Nachzahlungen zu kommen.

Frau Kuschel-Eisermann möchte wissen, wie viele Haushalte in diesem Zusammenhang betroffen seien. In der Vorlage sei von einer möglichen Mehrbelastung in Höhe von 1 Million Euro die Rede. Wie sei diese Zahl ermittelt worden? Werde bei der Bewertung der angemessenen Heizkosten neben dem Baujahr auch die Ausstattung des Hauses berücksichtigt?

Herr Steuber erwidert, dass er sich zu der Zahl der Haushalte im Moment nicht äußern könne. Eine Abfrage bei der Arge habe ergeben, dass die Menge der derzeit anerkannten Heizungskosten im Vergleich zu den tatsächlichen Heizungskosten bei jährlich rund 1 Million Euro liege.

Herr Schellhorn möchte im Zusammenhang mit der Rückwirkung wissen, ob das letzte Quartal 2007 auch berücksichtigt würde.

Herr Fiedler bestätigt, dass bei einem Abrechnungszeitraum von 12 Monaten auch das letzte Quartal 2007 eingeschlossen sei.

Frau Kuschel-Eisermann möchte wissen, ob ein Controlling eingerichtet würde. Wichtig sei außerdem eine energiebewusste Beratung der Menschen.

Herr Steuber weist noch mal darauf hin, dass das Zustandekommen dieser Werte auf einer Kalkulation von Mark-E beruhe. Man habe hier einen repräsentativen Querschnitt, der zugrunde gelegt würde. Jetzt müssten zunächst Erfahrungen gesammelt werden. Der Gesetzgeber habe gewollt, dass zwischen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und den Hilfen nach SGB II eine unterschiedliche Praxis bestehe. Bei der Grundsicherung und der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII seien auch weiterhin die Gewährung von Pauschalen möglich.

Frau Machatschek kann diese Ungleichbehandlung nicht nachvollziehen.

Frau Kuschel-Eisermann bittet um einen Erfahrungsbericht nach einem Jahr.

Frau Machatschek stellt fest, dass der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen hat.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.20 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin